

## Stellungnahme des Bundesverbands Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. zum Entwurf eines bayerischen Digitalgesetzes

24. August 2021

### Vorbemerkungen

Der **Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.** ist die Interessenvertretung für Unternehmen, die digitale Geschäftsmodelle betreiben oder deren Wertschöpfung auf dem Einsatz digitaler Technologien beruht. Als Impulsgeber, Wegweiser und Beschleuniger digitaler Geschäftsmodelle vertritt der BVDW die Interessen der digitalen Wirtschaft gegenüber Politik und Gesellschaft und setzt sich für die Schaffung von Markttransparenz und innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen ein. Sein Netzwerk von Experten liefert mit Zahlen, Daten und Fakten Orientierung zu einem zentralen Zukunftsfeld.

### **Ansprechpartner:**

**Katharina Rieke**

Bereichsleiterin Politik und Gesellschaft

T: +49 30 206 218 617

[rieke@bvdw.org](mailto:rieke@bvdw.org)

### Stellungnahme

Der BVDW bedankt sich für die Möglichkeit an der Verbändeanhörung zum Entwurf eines bayerischen Digitalgesetzes teilzunehmen und möchte sich mit einigen Punkten in die Debatte einbringen.

Der BVDW begrüßt prinzipiell, dass der Gesetzesentwurf einen ganzheitlichen Blick auf die Digitalisierung wirft, um sie weiter voranzutreiben. Mit seinem Staatsministerium für Digitales setzt Bayern immer wieder neue Impulse für eine Weiterentwicklung des Standortes Bayern und der Digitalisierung.

Der Verband ist allerdings auch der Ansicht, dass der Föderalismus gewinnbringend eingesetzt werden muss und es bei derart grundsätzlichen Themen wie der Digitalisierung keine Fragmentierung in Deutschland geben sollte und darf. Es kann sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Unternehmen schädlich sein, wenn in verschiedenen Regionen, unterschiedliche Regeln gelten. Insbesondere in Bezug auf die untrennbar mit der Digitalisierung verbundenen Aspekte der Datenverarbeitung fällt dies dem BVDW immer wieder und zunehmend verstärkt auf, denn die fragmentierte Praxis der Regulierungs- und Aufsichtsbehörden stellt seine Mitglieder vor wiederkehrende Herausforderungen.

Da die Digitalisierung nicht an Grenzen Halt macht, weder an innerdeutschen Grenzen noch an europäischen Grenzen, ist der BVDW der Meinung, dass ein ganzheitlicher Blick auf die Digitalisierung Europas notwendig ist, wenn man über Grundsätze der Digitalisierung spricht. Wir befürworten daher die aktuelle europäische Beschäftigung mit digitalen Grundsätzen für Europa und sind der Ansicht, dass hier alle Ebenen kohärent zusammenarbeiten müssen, um den digitalen Binnenmarkt voranzubringen.

Auf der anderen Seite ist es aber auch nicht von der Hand zu weisen, dass viele Maßnahmen bis in die Kommunen heruntergebrochen werden müssen, da sie vor Ort umgesetzt werden. Die Länder haben eine zentrale Rolle in der Umsetzung, denn sie müssen ihren Teil dazu beitragen, dass die Digitalisierung bei Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in ihrem Hoheitsgebiet tatsächlich im Alltag ankommt. Es geht dabei um grundlegende Infrastrukturfragen wie den Breitbandausbau, aber eben auch wichtige Themen, die im vorliegenden Gesetz angesprochen werden, wie die Digitale Verwaltung und IT-Sicherheit. All diese Aspekte müssen auf allen Ebenen in Deutschland gesichert sein. Der BVDW begrüßt daher, dass der Freistaat Bayern sich in diesem Gesetz mit der Verbesserung der digitalen Verwaltung und der erhöhten IT-Sicherheit auseinandersetzt.

Zusätzlich legt auch der BVDW einen besonderen Fokus auf die Stärkung der digitalen Kompetenz, da nur so Nutzerinnen und Nutzer sicher und zielführend mit digitalen Angeboten jeglicher Art umgehen können und Vertrauen in digitale Dienstleistungen geschaffen werden kann. Auch hier können die Länder ihren Beitrag leisten und ein entsprechendes Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen bis in die Kommunen gewährleisten.

Abschließend möchte der BVDW noch ein weiteres Thema ansprechen, das uns beschäftigt und das als Inspiration dienen könnte. Dabei handelt es sich um das Thema der Digital Responsibility. Noch gibt es in Deutschland und in Europa kaum ausgefeilte Digital Responsibility-Strategien. In einer zunehmend digitalisierten Welt adressiert aber insbesondere Digital Responsibility die Verantwortung von digitalem Handeln für eine positive Entwicklung von Unternehmen, Gesellschaft und Umwelt. Ein verstärkter Austausch zwischen Wirtschaft und Politik zu diesem Thema wäre aus unserer Sicht für alle Seiten gewinnbringend und auch im Rahmen der digitalen Verwaltung förderlich. Viele Unternehmen sind bereits jetzt Schritte auf dem Weg der digitalen Verantwortung gegangen und haben beispielsweise im Rahmen des BVDW erst kürzlich die sogenannten [„CDR-Building Bloxx“](#) veröffentlicht, die gemeinsame Standards für die Wirtschaft festlegen, um in unterschiedlichen Bereichen verantwortungsvoll zu handeln.